

18
79

Union in Deutschland

Bonn, den 3. Mai 1979

Ein hart erkämpfter Wahlsieg

Wir sind alle sehr glücklich darüber, daß es uns gelungen ist, die Wahl in Schleswig-Holstein zu gewinnen. Wir haben unter Führung des Landesvorsitzenden der CDU, unseres erfolgreichen Ministerpräsidenten Gerhard Stoltenberg, das gesteckte Wahlziel erreicht. Die Möglichkeit, auch in Zukunft in diesem Bundesland die politischen Geschicke zu bestimmen, sind nach einer dramatischen Wahlenacht vom Wähler bestätigt worden.

Das erklärte Helmut Kohl nach der Sitzung des Bundesvorstandes am 30. April 1979 in Bonn. 757 000 Bürger Schleswig-Holsteins haben mit ihrer Stimme für Gerhard Stoltenberg und mit ihrer Stimme für die Christlich Demokratische Union deutlich gemacht, daß sie Gerhard Stoltenberg und seine Mannschaft erneut mit der Führung der Landesregierung für die nächsten vier Jahre betreiben, und sie haben auch deutlich gemacht, daß sie das Sachangebot unserer Politik in diesem Bundesland akzeptieren. Ich bin vor allem sehr erfreut darüber, daß es auch im Vergleich zur Bundestagswahl 1976 in Schleswig-

(Weiter auf Seite 2)

WAHLEN

Stellungnahmen von Helmut Kohl und Gerhard Stoltenberg zum Wahlsieg in Schleswig-Holstein

Seite 2—4

ANALYSE

34 Direktmandate an die CDU — In den Städten gut behauptet

Seite 5

SONDERDIENST

Gesamt- und Einzelergebnisse der schleswig-holsteinischen Landtagswahl

gelber Teil

DEUTSCHLAND-POLITIK

„Sanftes Säuseln“ anstelle konkreter Maßnahmen

Seite 7

ÄLTERE MENSCHEN

Zunehmende Lebenserwartung verlangt neue Problemlösungen

Seite 11

FINANZEN

Gemeinden sollen Steuern senken

Seite 13

DOKUMENTATION

Jusos: Mit dem Marxismus die Gesellschaft ändern grüner Teil

EUROPA

Auf in den Europa-Wahlkampf

blauer Teil

Fortsetzung von Seite 1

Holstein gelungen ist, einen deutlichen Zuwachs zu erreichen.

Auch von dieser Stelle aus möchte ich allen Wählern in Schleswig-Holstein für ihr Vertrauen und ihre Bereitschaft, uns wieder mit der Regierungsverantwortung zu versehen, sehr herzlich danken. Dieser Vertrauensbeweis ist für uns eine wichtige Verpflichtung, und wir sind sicher, daß unsere Freunde in Schleswig-Holstein — allen voran Gerhard Stoltenberg — mit Augenmaß und einer sachgerechten politischen Arbeit versuchen werden, diesem Vertrauen gerecht zu werden. Ich will aber auch allen Mitarbeitern und Freunden in der Partei danken, die diesen Wahlsieg möglich gemacht haben.

Der hervorragende Einsatz der Partei vor Ort, die Hilfe, die viele von uns aus dem gesamten Bundesgebiet dort geleistet haben, hat seinen großartigen Ausdruck im Erfolg gefunden. Der Ausgang dieser Landtagswahl ist natürlich auch sehr bedeutsam für die Lageeinschätzung der CDU. Die CDU konnte mit dieser Landtagswahl ihre Position festigen, und sie hat es trotz der Verluste — genauso wie in Rheinland-Pfalz — aus eigener Kraft geschafft, die absolute Mehrheit der Mandate zu erreichen. Das bedeutet: Wir stehen keineswegs vor einer naturgesetzlichen Schallmauer, etwa Mehrheiten von SPD/FDP-Koalitionen gegenüber. Das gilt für alle politische Bereiche in der Bundesrepublik.

Wir standen in Schleswig-Holstein vor der besonders schwierigen Aufgabe, uns gegen vier Konkurrenz-Parteien, die ja in einer Art Vorkoalition zusammengeschlossen waren, durchzusetzen. Es war sehr bemerkenswert, wie in der Wahlnacht der Ministerpräsidenten-

Kandidat von SPD/FDP, Matthiesen, diese vier Parteien — den SSW genauso wie die „Grüne Gruppe“ — in der Gewichtung des Wahlergebnisses völlig vereinnahmt hat, wie er sie schlichtweg als eine Einheit behandelt hat.

Dieser Wahlerfolg ist um so bemerkenswerter, weil er auch gegen eine seit langem laufende Kampagne errungen wurde, die Wahl in Schleswig-Holstein sei nicht zu gewinnen. Es sind damit alle diejenigen Lügen gestraft worden, die uns seit Monaten eine Niederlage einreden wollten. Die Erfahrung gerade in den entscheidenden zehn Tagen nach der Osterpause, die ja ein besonders schwieriges Symptom dieses Wahlkampfes war, hat im übrigen gezeigt, daß der Wahlkampf, Wahlversammlungen, die direkte Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner, das Vortragen der Argumente überhaupt nicht an Wert verloren hat. Auch und gerade im Fernsehzeitalter gewinnen vielmehr Versammlungen aller Art mit Diskussionen, mit der Darstellung der eigenen Politik und der eigenen Argumente wieder zunehmend an Gewicht. Das ist wichtig für das Selbstverständnis der demokratischen Parteien, weil es eine ganze Reihe von Jahren hindurch eine Denkschule gab und auch heute noch gibt — übrigens auch in der CDU — die da sagt: Wahlkampf — rentiert sich das eigentlich noch? Ist das überhaupt ökonomisch, daß Spitzenkandidaten und Spitzenpolitiker vor Ort den Wähler um seine Stimme bitten?

Bemerkenswert an diesem Wahlkampf bis in die Wahlnacht hinein war außerdem die für einen Wahlkampf ganz und gar ungewöhnliche und unerträgliche Art der Demagogie, die man hier erlebt hat. Das gilt insbesondere für die Kernenergie. Wir haben mit Beginn des Monats April nach den Ereignissen in Har-

Gerhard Stoltenberg: Eine große Gemeinschaftsleistung

In dem harten Wettbewerb der Parteien haben die schleswig-holsteinischen Wähler schließlich die gute landespolitische Arbeit der CDU anerkannt. Ohne die große Gemeinschaftsleistung unserer Partei hätten wir diesen Erfolg nicht erringen können. Die Wahl war erschwert durch einen bisher nie gekannten personellen und finanziellen Einsatz der Bundes-SPD, die den Regierungsbonus des Bundeskanzlers in den Wahlkampf einzubringen suchte.

Ich habe mich aber auch bei den Parteifreunden aus dem Bund und den anderen Ländern für ihre Hilfe bei dieser Wahl zu bedanken. Ich weiß, daß es in der Demokratie keine Einzelkämpfe gibt. Was wir hier erlebt haben, ist der Erfolg der hervorragenden Arbeit aller Freunde, die am Wahlkampf beteiligt waren.

risburg überall in der Bundesrepublik, aber nicht zuletzt in Schleswig-Holstein, einen erheblichen Verfall der öffentlichen Meinung zu diesem Punkt erlebt. Die demoskopischen Daten — vor allem was die Erstwähler, Jungwähler und Frauen betrifft, was ältere Menschen betrifft, haben hier schockartige Entwicklungen angezeigt. Der Harrisburg-Effekt — wenn ich das mal so nennen darf — ist sicherlich in den letzten Tagen des Wahlkampfes nicht mehr so wirksam gewesen wie unmittelbar nach dem Ereignis in Harrisburg zu Beginn des Monats.

Es läßt sich dennoch nicht leugnen, daß diese Probleme zu einem zentralen Thema geworden sind und daß sie natürlich Wahlentscheidungen beeinflußt haben. Wir erwarten, daß die Berichte über die Erfahrungen in Harrisburg möglichst bald der deutschen Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Ich bin sehr dafür, daß man über dieses Thema unsere Mitbürger informiert und damit auch eine offene und sachgerechte, intellektuell redliche Diskussion

ermöglicht. Ich kündige schon jetzt an, daß wir selbstverständlich auch davon ausgehen, wenn sich aus diesem Bericht Konsequenzen für unsere eigene Sicherheitspolitik im Bereich der Kernreaktoren ergeben sollte, daß diese Konsequenzen selbstverständlich unverzüglich gezogen werden müssen.

Zu dem Thema Zwischenbilanz der Landtagswahlen erklärte Helmut Kohl folgendes: Es war das erklärte Ziel von SPD und FDP bei der Serie der Landtagswahlen, wie sie es nannten, die politischen Machtverhältnisse in der Bundesrepublik zu ihren Gunsten zu verändern. Im Wahlkampf in Schleswig-Holstein ist das insbesondere mit Schlüsselbegriff „Brechung der Mehrheit der CDU/CSU im Bundesrat“ signifikant vorgetragen worden. Nach Abschluß der ersten Serie der Landtagswahlen in dieser Bundestagslegislaturperiode ist nun festzustellen, daß die CDU/CSU auch in Zukunft über die Mehrheit in der Mehrzahl der Bundesländer und über die Mehrheit in der Mehrzahl der deutschen Kommunen

verfügt. Die Mehrheit der Union im Bundesrat ist ungebrochen.

Der sicherste Seismograph für diese Entwicklung ist immer noch die Zusammensetzung der Bundesversammlung. Es ist sicher, daß Karl Carstens am 23. Mai im ersten Wahlgang zum Präsidenten der Bundesrepublik gewählt wird. Für die CDU bedeutet dies, daß es eine Chance ist, diesen Wechsel auch im nächsten Jahr zu erreichen.

Zum Schluß eine kurze Bemerkung zum Thema der „Grünen Listen“. Nach den Ankündigungen in der Wahlnacht gehen wir davon aus, daß die „Grünen Listen“ sich überall bei den kommenden Wahlen beteiligen werden, auch bei der Bundestagswahl. Wir haben heute über dieses Thema sehr lange und sehr intensiv — gerade auch im Blick auf die Jungwähler — im Bundesvorstand gesprochen. Wir werden unsere Aktivität im Bereich des Umweltschutzes im weitesten Sinne des Wortes enorm zu verstärken haben und wir sind gewillt, dies zu tun. Unsere politischen Gegner beschimpfen uns gerne als eine konserva-

tive Partei. Wir wollen gerade diesen Begriff hier voll und ganz in diesem Zusammenhang aufnehmen, weil wir der Überzeugung sind, daß der Erhalt des großen Schatzes der Natur eine wichtige konservative Aufgabe ist.

DDR-Atommüll an der Grenze?

Genau Angaben über die nur acht Kilometer von der innerdeutschen Grenze entfernt auf DDR-Gebiet gelegene Atommülldeponie in Bartensleben gegenüber Helmstedt hat der CDU-Bundestagsabgeordnete Volkmar Köhler gefordert. In einer in Wolfsburg veröffentlichten Erklärung verlangte Köhler von der Bundesregierung, sich mit Ost-Berlin in dieser Sache „umgehend in Verbindung zu setzen“. Seinen Angaben zufolge ist im Westen nichts bekannt über Art und Umfang der Sicherheitsmaßnahmen sowie über die in dem früheren Kalibergwerk eingelagerten Stoffe. Es sei auch unbekannt, ob es sich um eine End- oder um eine Zwischenlagerung handele.

Ergebnisse der letzten Landtagswahlen in den Bundesländern

Land	letzte Wahl	Ergebnisse (in Prozent)							nächste Wahl	
		CDU	SPD	FDP	NPD	DKP	Son.	GLU		
Baden-Württemberg	4. 4. 1976	56,7	33,3	7,8	—	—	2,2	—	1980	
Bayern	15. 10. 1978	59,1 ¹⁾	31,4	6,2	0,6	0,3	0,6	1,8 ⁶⁾	1982	
Berlin (West)	18. 3. 1979	44,4	42,7	8,1	3,7 ³⁾	1,1 ⁴⁾	0,1	—	1983	
Bremen	28. 9. 1975	33,8	48,7	13,0	1,1	2,2	—	—	1979	
Hamburg	4. 6. 1978	37,6	51,5	4,8	0,3	1,0	3,5 ⁷⁾	1,0	1982	
Hessen	8. 10. 1978	46,0	44,3	6,6	0,4	0,4	—	—	1982	
Niedersachsen	4. 6. 1978	48,7	42,2	4,2	0,4	0,3	—	3,9	1982	
Nordrhein-Westfalen	4. 5. 1975	47,1	45,1	6,7	0,4	0,5	0,2	—	1980	
Rheinland-Pfalz	18. 3. 1979	50,1	42,3	6,4	0,7	0,4	0,1	—	1983	
Saarland	4. 5. 1975	49,1	41,8	7,4	0,7	1,0	—	—	1980	
Schleswig-Holstein	29. 4. 1979	48,3	41,7	5,8	0,2	0,2	1,4 ⁵⁾	2,4	1983	
Bundestag	3. 10. 1976	48,6 ²⁾	42,6	7,9	0,3	0,3	0,1	—	1980	

1) CSU; 2) CDU/CSU; 3) Alternative Liste; 4) SEW; 5) SSW; 6) GAZ/AUD; 7) BL

■ WAHLANALYSE

34 Direktmandate an die CDU — in den Städten gut behauptet

Über die Wählerbewegungen bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein gibt der Landesverband nachfolgend eine erste Analyse:

Es war ein knapper Sieg, aber ein beeindruckender Erfolg.“ Mit diesen Worten umschrieb zutreffend Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg den Ausgang der Landtagswahlen.

In der Tat, mit 48,29 Prozent der Stimmen schaffte es die CDU gerade noch, das 37. Landtagsmandat zu behalten und damit die absolute Mehrheit der Sitze im Landtag zu wahren. Wie knapp der Wahlausgang war, zeigt die Tatsache, daß nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis der CDU 1169 Stimmen gereicht hätten, ihre absolute Mehrheit zu behalten.

Wenn auch die CDU in Prozenten einen Rückgang von 2,1 der Stimmen hinnehmen mußte, ist jedoch festzuhalten, daß sie in absoluten Zahlen ausgedrückt gegenüber 1975 ihre Stimmenzahl fast halten konnte, vor vier Jahren hatten lediglich 629 Bürger mehr der CDU die Stimme gegeben. Und noch eine Besonderheit muß hervorgehoben werden: der SSW, der an keine Fünfprozentklausel gebunden ist, die CDU jedoch zwang, nicht nur SPD und FDP zu schlagen, sondern eben auch noch zusätzlich die 1,4 Prozent SSW-Stimmen zu übertrumpfen. Auch das ist gelungen. Und so konnten sich in 34 der

insgesamt 44 Wahlkreise die CDU-Kandidaten direkt durchsetzen, drei Bewerber der CDU werden nun über die Landesliste in das Parlament einziehen. Der SPD gelang es, zehn Direktkandidaten durchzubringen, wobei sie die Wahlkreise Neumünster und Rendsburg mit teilweise knappen Vorsprung von der CDU übernehmen konnte.

Bezeichnend für die Landtagswahl ist, daß es die früheren offensichtlichen Hochburgen von Parteien kaum mehr gibt. So hat zwar die CDU an der Westküste, im Wahlkreis Steinburg Süd, einen Verlust von 5,04 Prozent hinnehmen müssen, im ländlich strukturierten Wahlkreis Rendsburg West auch noch 4,26 Prozent eingebüßt, doch — mit Ausnahme Neumünsters — in den Städten relativ gut abgeschnitten. Denn die geringsten Verluste gab es mit 0,11 Prozent in Flensburg Ost, mit 0,44 Prozent in Lübeck Ost, mit 0,79 Prozent in Schleswig und mit 1,09 Prozent in Kiel Süd. Interessant auch der scheinbare Zusammenhang von Wahlbeteiligung und Erfolgen für die CDU. Die höchste Wahlbeteiligung des Landes hatte der Wahlkreis Plön Nord mit 88,36 Prozent aufzuweisen. Hier siegte der CDU-Kandidat ebenso wie im Wahlkreis Plön Süd bei einer Wahlbeteiligung von 87,94, in Rendsburg West (Wahlbeteiligung 86,72) oder Schleswig West (Wahlbeteiligung 86,64). Dasselbe gilt für den Wahlkreis Rendsburg West, der bei einer Wahlbeteiligung von 86,72

Prozent von der CDU mit 59,60 Prozent der Stimmen hatte erobert werden können. Doch auch in den Wahlkreisen mit niedriger Wahlbeteiligung hatte sich die Union behaupten können. So hielt sie den Wahlkreis Norderstedt, in dem die Wahlbeteiligung bei nur 74,80 Prozent und damit um 6,76 Prozent niedriger lag als noch vor vier Jahren.

Während man in Norderstedt zwei Prozent verlor, waren es in Rendsburg West 4,4 Prozent! Augenfällig ist, daß die CDU zwar überall im Vergleich zu 1975 ihre absoluten Stimmzahlen halten konnte oder sich nur geringfügig verschlechterte, prozentual aber im Landesschnitt zwei Prozent abgeben mußte. So konnte Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg im Wahlkreis 9, Eckenförde, zwar auf einen Zuwachs von 350 Stimmen verweisen, das Ergebnis verschlechterte sich jedoch von 50,7 Prozent 1975 auf jetzt 48,65 Prozent. Ähnlich sieht es auch bei den übrigen Kabinettsmitgliedern aus. 71 Stimmen weniger als vor vier Jahren bedeuten für Kultusminister Prof. Dr. Walter Braun jetzt gleich minus 2,32 Prozent. Wirtschaftsminister Dr. Jürgen Westphal gab 159 Stimmen ab, was bei ihm ein Minus von 2,51 Prozent bedeutete. Innenminister Rudolf Titzack kann sich zwar über einen Zuwachs von 907 Stimmen freuen, die Endabrechnung aber weist minus 1,31 Prozent aus. Nicht anders erging es Ernährungsminister Günter Glessner, dessen Zugewinn von 688 Stimmen, sich im Ergebnis mit einem Minus von 2,18 Prozent ausdrücken. Sozialminister Karl Eduard Clausen hatte zwar auch einen Zugewinn von 564 Stimmen, aber letztlich nur ein minus 2,28 in den Prozentsätzen. Finanzminister Dr. Uwe Barschel verlor 46 Stimmen und damit gleich 2,20 Prozent, und Justizminister Dr. Henning

Schwarz büßte trotz eines absoluten Zugewinns von 870 Stimmen dennoch 1,73 Prozent der Stimmen ein.

Von Dorf zu Dorf gab es ganz erhebliche Schwankungen im Abschneiden der Parteien, die nicht zuletzt auf eine in den vergangenen Jahren stark veränderte Siedlungsstruktur zurückzuführen sein dürften. An den Ergebnissen ist es weitgehend ablesbar, ob es gelungen ist, die hohe Zahl von Zuwanderern und Neubürgern in das Gemeinschaftsleben einzugliedern oder nicht.

Mit großer Spannung war vor allem das Abschneiden der Grünen Liste erwartet worden. Wenn sie auch den Sprung in den Landtag nicht schaffte, hat sie dennoch in Teilen des Landes respektable Ergebnisse aufzuweisen. So vor allem an der Westküste, wo sie durchweg über zwei Prozent der Stimmen erreichte und ihre besten Ergebnisse mit 5,43 Prozent in Steinburg Süd und in Südtondern mit 4,20 Prozent erreichte. Gerade in Steinburg Süd aber hatte die CDU einen ihrer schwersten Einbrüche verzeichnen müssen. Ihr Stimmenanteil ging hier von 51,2 auf 46,20 Prozent zurück, während der der SPD demgegenüber noch um 1,68 Prozent gestiegen war. Ein deutlicher Hinweis darauf, daß die These, nach denen die Grünen vor allem SPD und FDP Stimmen abnehmen, kaum zu halten ist. Vielmehr ist entgegen der Warnungen der SPD („Wer grün wählt wird sich schwarz ärgern“) davon auszugehen, daß auch in Schleswig-Holstein bisherige potentielle CDU-Wähler dieses Mal den Grünen ihre Stimme gegeben haben. Vor der Presse schloß Dr. Gerhard Stoltenberg in einer ersten Analyse dennoch nicht aus, daß zwischen 40 und 50 Prozent der Stimmen, die an die Grünen gegangen seien, von früheren CDU-Wählern gekommen seien.

■ DEUTSCHLANDPOLITIK

„Sanftes Säuseln“ anstelle konkreter Maßnahmen

Zu einer scharfen Auseinandersetzung um die Deutschlandpolitik kam es am vergangenen Freitag (27. April 1979) im Bundestag. Die Opposition beschuldigte die Bundesregierung und die Koalition in einer von ihr herbeigeführten aktuellen Stunde, auf die jüngsten Pressebeschränkungen der DDR schwächlich reagiert zu haben und mit der Aufgabe des Begriffs „Wiedervereinigung“ die Substanz der Deutschlandpolitik zu zerstören.

Aus dem komplizierten Kunstwerk der Ost-Verträge, das der sog. Meisterarchitekt Bahr noch mit zusätzlichem Briefwechsel, Protokollen und Erklärungen „wasserdicht“ gemacht hat, strömt das Wasser aus 100 Löchern. Das ganze Haus steht unter Wasser, erklärte der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, MdB Manfred Abelein.

Welches ist die Antwort der großen Strategen?

Sie wollen am liebsten sofort das ganze Haus aufgeben. Daher Verzicht auf Wiedervereinigung. Man erklärt — wie gehabt — das Ganze zuerst für eine begriffliche Angelegenheit. Doch hinter den Begriffen stehen Positionen.

Das Verständnis für die sowjetischen militärischen Rüstungen, die Diskussion um eine Neutralisation Deutschlands, die Absage an die Wiedervereinigung

Deutschlands zeigen System. Sie lassen hinter der Ruine der sogenannten „neuen Deutschlandpolitik“ eine „neueste Deutschlandpolitik“ erkennen. Eine Politik, die lebensgefährlich zu werden droht.

Hierbei geht es nicht mehr nur um die Wiedergewinnung der Freiheit für 17 Millionen Deutsche in der DDR, sondern auch um den drohenden Verlust der Freiheit von 60 Millionen in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Politik riskiert, nachdem sich die alte sogenannte „neue“ Deutschlandpolitik hart am Rande der Verfassung bewegt hat, die Grenzen unserer Verfassung zu sprengen. Damit wird den Menschen in der DDR die Aussicht auf die Hoffnung auf ein Leben in einem vereinigten freien Deutschland genommen.

Eine solche Politik ist nicht human! Sie verstößt gegen die Verfassungspflicht aller Verfassungsorgane, die aus dem Wiedervereinigungsgebot folgt — so das Bundesverfassungsgericht — in ihrer Politik auf die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands hinzuwirken.

Die CDU/CSU wird für den Fall, daß die Bundesregierung den Verzicht auf die Wiedervereinigung in ihrer praktischen Politik konkretisieren sollte, mit allen politischen und rechtlichen Mitteln die Einhaltung der Verfassungstreue im Interesse der Freiheit der Menschen in Deutschland erzwingen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, endlich einmal die Haltung einer unbegrenzten Nachgiebigkeit gegenüber der DDR aufzugeben und durch konkrete Maßnahmen und nicht nur verbale Proteste der DDR zu verstehen zu geben, daß die Bundesregierung nicht jegliches unfreundliche Verhalten und jede Vertragsverletzung hinnimmt.

Zugleich fordere ich im Namen der CDU/CSU die Bundesregierung auf, eindeutig klarzustellen, daß die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands auch für sie nach wie vor das Ziel der Deutschlandpolitik bedeutet.

Besonders starken Beifall seiner Fraktionskollegen erhielt Rainer Barzel, der nach längerer Pause wieder das Wort ergriff und in pointierter Form die Koalition attackierte. „Sanftes Säuseln als Antwort auf unverkennbaren Vertragsbruch der DDR kann dieses Haus nicht hinnehmen“, betonte er. Die Bundesregierung sei nicht ohnmächtig. Hätte sie mit Ost-Berlin „Stufenpläne des konkreten Entgegenkommens, Jahrestranchen mit Gegenleistung“ vereinbart, dann wäre Bonn heute stärker.

MdB Otto von Wrangel erklärte im Bundestag: Jetzt beklagt sich sogar der Ruinenarchitekt Egon Bahr darüber, daß die innerdeutschen Abmachungen „schrecklich durchlöchert“ seien. Dabei weiß er sehr genau, daß diese Löcher von vornherein eingebaut waren. Sie wurden nur durch die Nebelschleier der Entspannungseuphorie notdürftig verdeckt. Heute, wo ein schärferer Ostwind weht und den Nebel fortbläst, steht das innerdeutsche Vertragswerk in seiner ganzen Löcherigkeit und Brüchigkeit offen vor aller Augen.

Ich kann ja verstehen, daß Ihnen das peinlich ist. Aber Sie machen die Sache nur schlimmer, wenn Sie die Löcher

und Risse, die immer deutlicher werden, bloß verkleistern wollen, anstatt sie zu reparieren.

Kehren Sie auf den Boden der Realitäten zurück! Machen Sie dazu den ersten Schritt, indem Sie die östlichen Entspannungsparolen als gigantisches Täuschungsmanöver durchschauen: Die enorme Hochrüstung des Ostblocks, die systematische Erziehung zum Haß — Stichwort: Wehrkundeunterricht — und die rücksichtslose Abgrenzungspolitik sind harte Fakten, die Sie zur Kenntnis nehmen müssen.

SPD/FDP sollten weder sich noch andere täuschen

Machen Sie auch den zweiten Schritt: Täuschen Sie weder sich noch andere darüber, daß die DDR alle ihre Zusagen und Leistungen jederzeit faktisch auf Null zurückschrauben kann, weil Sie sich auf schlechte Verträge eingelassen haben.

Zögern Sie auch nicht, den dritten Schritt zu tun: Überprüfen Sie das Ihnen noch verbliebene deutschlandpolitische Instrumentarium auf seine Brauchbarkeit hin, die DDR zur Vertragstreue zu veranlassen. Synchronisieren Sie die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen. Stellen Sie die DDR auf dem Feld der internationalen Politik. Dies sind Bereiche, auf denen die DDR noch mit Erfolg zu beeindrucken ist.

Niemand verlangt, daß Sie den Katalog von Gegenmaßnahmen an die große Glocke hängen. Was von Ihnen verlangt wird, ist, daß Sie endlich einen Maßnahmenkatalog entwickeln und ihn auch anwenden. Tun Sie das nicht, dann zerbröckelt Ihnen auch noch der Rest Ihrer Vertragspolitik unter den Händen.

■ KOALITION

Bundesregierung verteidigt Demokratie nur halbherzig

Zu der unzulänglichen Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage der CDU/CSU-Fraktion über die Aufklärungsarbeit der Bundesregierung in den EG-Staaten und in Skandinavien über die Fernhaltung der Verfassungsfeinde vom öffentlichen Dienst stellt der Vorsitzende des Arbeitskreises Innen- und Rechtspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Benno Erhard, MdB, folgende Erklärung fest:

Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort in den wesentlichen Punkten verklausuliert zugegeben, daß sie ihre Aufklärungspflicht in den EG-Staaten und in Skandinavien über die Fernhaltung der Verfassungsfeinde vom öffentlichen Dienst in der Bundesrepublik Deutschland nicht erfüllt hat:

1. Sie räumt ein, daß die Botschaften erst Ende 1975 mit der Berichterstattung begonnen haben, obwohl die Berufsverbote-Kampagne bereits seit 1972 lief.
2. Die wenigen Veranstaltungen, die die Bundesregierung nennen kann, sind erst in den Jahren 1977 und 1978 durchgeführt worden, und zwar lediglich in Italien und Frankreich. In den anderen Ländern Fehlanzeige!
3. Die Bundesregierung gibt zu, daß sie auf eigene Veranstaltungen verzichtet hat, weil sie dies nicht für „opportunistisch“ hielt. Im Klartext: Die Bundesregierung

hat im Ausland auf die öffentliche Auseinandersetzung mit den die Bundesrepublik diffamierenden Kräften verzichtet.

Diese Ergebnisse sind bestürzend. Sie stellen die Politik und die Praxis der Öffentlichkeitsarbeit dieser Regierung bloß. Die Bundesregierung scheut die öffentliche Auseinandersetzung mit den Radikalen im In- und Ausland. Sie läßt es zu, daß eine verlogene Berufsverbote-Kampagne angezettelt wird und die Demokraten in unserem Lande verleumdet werden. Anstatt sich dieser Auseinandersetzung zu stellen, werden die nicht unbeträchtlichen Mittel für Öffentlichkeitsarbeit für die Selbstdarstellung der Regierung und die unzulässige Wahlwerbung im Inland verpulvert.

Eppler fördert Verfassungsfeinde

Zu den Vorschlägen des baden-württembergischen SPD-Landesvorsitzenden Erhard Eppler, aus den Beamtengesetzen die Gewährleistungsklausel der Verfassungstreue zu streichen, erklärt der ehemalige Innenminister von Rheinland-Pfalz, der CDU-MdB Heinz Schwarz: Mit diesem Vorschlag, aus den Beamtengesetzen die Regelung zu streichen, daß der Beamte die Gewähr bieten muß, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzutreten, hat Erhard Eppler mit dankenswerter Offenheit erklärt, was die SPD langfristig will: Es sollen die letzten gesetzlichen Schranken abgebaut werden, die den Eintritt von Verfassungsfeinden in den Staatsdienst verhindern könnten.

Der Vorschlag Epplers läuft auf einen glatten Bruch unserer Verfassung hinaus. Er desavouiert die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.

Dieses Gericht hat festgestellt: Die Grundentscheidung unserer Verfassung schließt es aus, Bewerber zuzulassen, die die freiheitliche demokratische, rechts- und sozialstaatliche Ordnung ablehnen und bekämpfen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird eine Fortsetzung dieser verfassungswidrigen Politik auf keinen Fall hinnehmen.

FDP bricht eine eindeutige Zusage

Zu dem CDU/CSU-Antrag im Finanzausschuß auf Beseitigung der ungleichen Besteuerung von Speiseumsätzen in Gaststätten und über den Ladentisch erklärt der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Abg. Hansjörg Häfele: Die FDP hat eine gewisse Meisterschaft darin entwickelt, bei Interessenten den Eindruck steuerpolitischer Vernunft zu erwecken. Die CDU/CSU hat sie im Finanzausschuß anhand eines konkreten Falles einmal auf die Probe gestellt.

In einem Schreiben vom 1. Juli 1978 von Minister Genscher an den Deutschen Hotel- und Gaststättenverband hieß es verheißungsvoll: „Die FDP hat sich ... schon bei der Einführung der Mehrwertsteuer dafür eingesetzt, die Umsatzsteuer für Speisen und Getränke im Gastgewerbe nur mit dem halben Steuersatz zu belegen ... An der Meinung meiner Partei hat sich in dieser Frage nichts geändert. Aus diesem Grunde werden wir auch Ihre Forderung nach Streichung der Ausnahmegenehmigung des § 12 Abs. 2 Ziff. 1 Satz 2 des Umsatzsteuergesetzes im Rahmen der anstehenden Beratungen des Umsatzsteuergesetzes 1979 unterstützen.“

Im Finanzausschuß stand die FDP jedoch nicht zu ihrem Wort und lehnte zusammen mit der SPD einen entspre-

chenden Antrag der CDU/CSU mit 13:12 Stimmen ab.

Systematische Schwächung der inneren Sicherheit

Zu den Kampagnen wegen angeblicher Übergriffe des Verfassungsschutzes, des Bundesgrenzschutzes, des Bundesnachrichtendienstes und nun gegen das Bundeskriminalamt erklärte MdB Carl-Dieter Spranger, immer mehr bestätige sich, was der SPD-Abgeordnete Wernitz schon vor fast einem Jahr meinte, daß dahinter „ein Stufenkonzept steht, um die Arbeit der Sicherheitsbehörden einzuschränken und lahmzulegen“.

Anstatt den ihm unterstellten Sicherheitsbehörden rechtzeitig klare Anweisungen zu geben, stellt sich Baum eilfertig jeweils an die Spitze der systematisch und immer nach dem gleichen Schema betriebenen Kampagnen, die tatsächlich zu schwersten Beeinträchtigungen in der Arbeitsfähigkeit der Sicherheitsbehörden führen müssen. Statt diese Behörden angesichts vielfältiger Bedrohungen unserer Bürger und unseres Landes zu stärken, werden sie zielstrebig demontiert.

FDP über SPD: „ideologisch angekränkt“

Mit scharfen Angriffen auch auf die SPD eröffnete der Bremer FDP-Landeschef und Fraktionsvorsitzende Horst-Jürgen Lahmann den Landesparteitag der Liberalen im kleinsten Bundesland. Sowohl die innere Situation der Sozialdemokraten als auch die von ihnen im Lande Bremen gemachte Politik hätten sich verschlimmert. Hans Koschnick werde immer mehr zum Aushängeschild seiner Partei von vorzugsweise jungen, ideologisch angekränkelten Intellektuellen und Karrieristen.

■ ÄLTERE MENSCHEN

Zunehmende Lebenserwartung verlangt neue Problemlösungen

Den älteren Menschen in der Bundesrepublik — nach der Statistik sind knapp zehn Millionen Bürger älter als 65 Jahre — muß mehr geholfen werden. In einer Debatte im Deutschen Bundestag wurde deutlich, daß die zunehmende Lebenserwartung und die veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen neue Problemlösungen verlangen, damit die alten Menschen nicht noch weiter in Isolation geraten.

Die Debatte wurde ausgelöst durch eine große Anfrage und einen Entschließungsantrag der CDU/CSU-Fraktion, den das Plenum einstimmig zur Beratung an die zuständigen Ausschüsse überwies.

Der Entschließungsantrag der CDU/CSU hat folgenden Wortlaut:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, zur Verbesserung der Lebenssituation der älteren Menschen in Zusammenarbeit mit den Ländern folgende Maßnahmen einzuleiten:

① Schaffung eines generellen „Positiv-Klimas“ für eine umfassende bessere Integration älterer Menschen in Gesellschaft und Öffentlichkeit.

② Schaffung und Förderung von Voraussetzungen für einen besseren Übergang beim Ausscheiden des älteren Menschen aus dem Berufsleben, gegebenenfalls durch Teilzeitbeschäftigung

und einer intensiveren Vorbereitung der mittleren Generation auf das Alter.

③ Schaffung gesetzlicher Grundlagen zur Übernahme der Kosten bei Langzeitpflege älterer Menschen.

④ Ausbau und Förderung von altersgerechten Freizeitangeboten.

⑤ Ausbau des Lehrstuhlangebots für Gerontologie und Geriatrie zur weiteren Erforschung und Lösung der Probleme des älteren Menschen sowie der Erkrankung im Alter.

⑥ Verbesserung der medizinischen Rehabilitation für ältere Menschen.

⑦ Prüfung der Frage, ob zur besseren finanziellen Absicherung bei Unterbringen in einem Alten- oder Altenpflegeheim ein Heimfinanzierungsgesetz geschaffen werden sollte.

⑧ Ausbau und Förderung eines altersgerechten Wohnungsbaus, vor allem im Rahmen bestehender Familienwohnungen.

⑨ Altengerechte Ausstattung der öffentlichen Verkehrsmittel und sonstiger Einrichtungen.

⑩ Bessere Aufklärung älterer Menschen über Gefahren und Verhalten im Straßenverkehr.

Bei aller Technisierung und Modernisierung, die notwendig ist, dürfen aber die menschlichen Aspekte nicht außer acht gelassen werden, erklärte MdB Gerhard Braun in der Debatte im Deutschen Bundestag. Von besonderer Bedeutung ist die Vorbereitung auf die

dritte Lebensphase. Allein in der Bundesrepublik Deutschland scheiden monatlich ca. 33 000 Männer und Frauen aus dem aktiven Berufsleben aus. Ein Vorgang, der nicht nur den unmittelbar Betroffenen berührt, sondern irgendwie auch den Partner und die Kinder. Für viele wird dieser Übergang in den neuen Lebensabschnitt als Krise wahrgenommen und empfunden. Wir wissen wahrscheinlich auch heute noch zu wenig von dieser nachberuflichen Lebensphase, denn zu oft und aufgrund dieses Nichtwissens werden falsche Konsequenzen im städteplanerischen und sozialpolitischen Bereich gezogen.

Zum Beispiel das Altenheim im Grünen, wobei wir heute wissen, daß gerade der

Altenheimbewohner inmitten der Stadt, inmitten der Gemeinschaft bleiben möchte. Oder das Fehlen des Geschäfts im Neubauviertel, wobei wir daran denken müssen, daß der Supermarkt draußen nur für die Motorisierten erreichbar ist. Die Vorbereitung auf das Älterwerden kann nicht beginnen, wenn die Situation eingetreten ist, sondern bei den 50- bis 55jährigen.

Hier liegt eine große Aufgabe für die Kirchen, Gewerkschaften, Verbände, Gruppen, aber auch für die großen Firmen. Angebote für Gesprächskreise und Kurse müssen unterbreitet werden. In diesem Zusammenhang muß auch die Weiterbildung älterer Menschen gesehen werden.

Koalition lehnt Familiengeld ab

Zu der am vergangenen Freitag (27. April 1979) im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung erfolgten Ablehnung des Gesetzentwurfs der CDU zur stufenweisen Einführung eines Familiengeldes erklärten der Vorsitzende des Arbeitskreises Sozial- und Gesellschaftspolitik, MdB Heinz Franke, und der Obmann im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, MdB Otto Zink, folgendes:

1. In der Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung haben SPD und FDP gegen die Stimmen der Union die Ablehnung des Gesetzentwurfs über die stufenweise Einführung des Familiengeldes empfohlen. Beide Parteien haben damit deutlich gemacht, daß sie politisch die Diskriminierung der nicht-erwerbstätigen Mütter wollen.

Die ungeheuerliche und diskriminierende Äußerung der SPD-Abgeordneten Frau Lepsius vom 25. April 1979, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wolle

Geld für Hausfrauen verschleudern, wird damit von der Koalition in ihrer Gesamtheit bestätigt.

2. Es steht zu befürchten, daß der Gesetzentwurf über die stufenweise Einführung eines Familiengeldes am 9. Mai im federführenden Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit und am 10. Mai im Plenum des Bundestages endgültig abgelehnt wird.

3. Mit der damit erfolgenden formellen Erledigung des Gesetzentwurfs über die stufenweise Einführung des Familiengeldes entsteht eine neue Geschäftslage.

Die von der CDU/CSU geforderte Sachverständigenanhörung zum Familiengeld kann nicht mehr durch den zuständigen Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit durchgeführt werden. Die Union wird aber ersatzweise zum Familiengeld eine eigene Sachverständigenanhörung durchführen, an der sie auch die Öffentlichkeit beteiligen wird.

■ FINANZEN

Gemeinden sollen Steuern senken

Ab 1980 wird der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer auf 15 v. H. erhöht und die Gewerbesteuerumlage um ein Drittel gesenkt. Diese Mittel fließen nicht nur den Städten und Gemeinden zu, die bisher Lohnsummensteuer erhoben haben, sondern allen Gemeinden, also auch denen ohne Lohnsummensteuer.

Deshalb ist in allen Beratungen über das Steueränderungsgesetz 1979 davon ausgegangen worden — so der Bundesvorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU MdB Horst Waffenschmidt — daß diejenigen Städte und Gemeinden, die keine Lohnsummensteuer erheben und insoweit keine Verluste erleiden, ab 1980 zur Entlastung der Wirtschaft und zur Sicherung der Arbeitsplätze die Hebesätze bei der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital senken oder auf eine Anhörung der Hebesätze verzichten, und zwar nach den örtlichen Gegebenheiten.

Die Entscheidung liegt jetzt bei den örtlichen Volksvertretungen. Eine bundesweite Automatik kann es in dieser Frage nicht geben, da die bisherigen Steueränderungsgesetze und auch der neue Verteilungsschlüssel für die Einkommensteuer sich sehr unterschiedlich auf die einzelnen Städte und Gemeinden auswirken.

Zu der Anhörung des Finanzausschusses über den Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion betr. Einführung

von Investitionspauschalen für die Gemeinden erklären die Abgeordneten Hansjörg Häfele und Horst Waffenschmidt:

Der Vorschlag der Union, bei Konjunkturprogrammen statt Einzelprojektförderung und langen Antrags- und Bewilligungsverfahren Investitionspauschalen an die Gemeinden vorzusehen, fand bei den Experten aus Wissenschaft, Kommunalen Spitzenverbänden und Länderverwaltungen eine starke Unterstützung.

Die Vergabe von Investitionspauschalen für zusätzliche notwendige kommunale Investitionen zur Abstützung einer schwachen Konjunktur würde ein wichtiger Beitrag zur Entbürokratisierung von Verwaltungsverfahren sein und Konjunkturförderungsmittel erheblich schneller als bisher zum Einsatz bringen.

Die Anhörung hat nachgewiesen, daß sich der Vereinfachungseffekt von Investitionspauschalen auch mit dem Ziel eines schwerpunktmäßigen Einsatzes von Mitteln in Gebieten mit Strukturschwäche bzw. überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit durch entsprechende Gestaltung des Pauschalierungsschlüssels kombinieren läßt.

SPD und FDP sind nunmehr aufgefordert, gemeinsam mit der Union im Bundestag entsprechende Initiativen zu beschließen, damit bei künftigen Konjunkturprogrammen kommunale Investitionspauschalen zwischen Bund und Ländern vereinbart werden können.

■ INFORMATION

Hans Filbinger als Landesvorsitzender zurückgetreten

Der baden-württembergische CDU-Landesvorsitzende Hans Filbinger ist am Sonntag „mit sofortiger Wirkung“ von seinem Amt zurückgetreten. Er begründete den Schritt mit seiner Niederlage bei der Wahl der sechs Delegierten Südbadens für die Bundesparteitage der CDU, die er am Samstag beim Bezirksparteitag in seinem Heimatbezirk Südbaden in Lahr (Ortenau-Kreis) erlitten hatte. Filbinger hatte bei dieser Wahl nur den achten Platz erreicht.

In seiner Rücktrittserklärung heißt es, das Amt des Landesvorsitzenden der CDU bedürfe „der vollen Solidarität der Partei“. Filbinger wies darauf hin, daß ihm die Führungsgremien seiner Partei nach seinem Rücktritt vom Amt des Ministerpräsidenten im August 1978 einstimmig gebeten hätten, den Landesvorsitz der CDU von Baden-Württemberg weiter auszuüben. Diesem Wunsch habe er entsprochen, „nicht im eigenen Interesse, sondern im Interesse der CDU von Baden-Württemberg“.

Für die Entscheidung der Südbadener Delegierten habe er „keinerlei Verständnis“, betonte Filbinger; gleichwohl respektiere er diese Entscheidung. Die Delegierten hätten gegen ihn entschieden, „obwohl ich viele Jahre Vorsitzender des Bezirksverbandes Südbaden war und bis heute Landesvorsitzender bin“.

Frieden und Freiheit stehen auf dem Spiel

Im Schutze publizistischer Nebelwerfer, zu denen bekanntlich auch führende

deutsche Sozialdemokraten zählen, haben die Sowjets jetzt ein neues Waffensystem an der Westgrenze ihres Imperiums stationiert: die SS-21, eine Mittelstreckenrakete mit einer Reichweite von 120 km. Diese Nachricht hat in Washington große Beunruhigung ausgelöst; denn wie die übrigen Grauzonenraketen entzieht sich auch die SS-21 jeglicher Kontrolle durch die laufenden SALT- und MFBR-Verhandlungen. Hierzu erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Willi Weiskirch:

Uns Deutschen kann nicht gleichgültig sein, wie die westliche Allianz auf diese neue Waffe reagieren wird; denn sie ist so strukturiert, daß sie vor allem — und allein — die Bundesrepublik Deutschland bedroht. Mag sein, daß Wehner auch der SS-21 das verniedlichende und vernebelnde Attribut „defensiv“ zuerkennen möchte. Das darf den Bundeskanzler aber nicht daran hindern, mit allem Ernst und mit allem Nachdruck — und notfalls auch gegen mächtige Gruppen in seiner eigenen Partei — die westlichen Gegenmaßnahmen zu unterstützen. Hier stehen letztlich der Friede und die Freiheit auf dem Spiel.

Sorgen um genügend Postämter auf dem Lande

Die Vorlage eines kundengerechten Konzepts für die künftige Postversorgung auf dem Lande fordert die CDU/CSU-Opposition in einem Antrag an die Bundesregierung. Der Antrag wird durch den früheren Postminister MdB Werner Dollinger begründet, der darauf hinweist, daß das Vorhaben der Post, verschiedene Postämter zusammenzufassen, große Beunruhigung in den betroffenen Bevölkerungskreisen hervor-

gerufen habe. Dollinger will von Postminister Kurt Gscheidle wissen, welche Grundsätze für den Betrieb einer Poststelle jeweils maßgeblich sind. Er fragt, ob die Post von volkswirtschaftlichen, betriebswirtschaftlichen oder strukturellpolitischen Grundsätzen ausgeht, wenn sie in Zukunft Poststellen aufhebt.

Demokraten in Afrika unterstützen

Zum Ergebnis der Wahlen in Rhodesien erklärte der CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete Dr. Hans Stercken als Vorsitzender der Deutschen Afrika-Stiftung: In Abwesenheit zahlreicher Parlamentarier aus Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika hat sich eine klare Mehrheit der Bevölkerung von Rhodesien an den Parlamentswahlen beteiligt, obwohl die Patriotische Front zu einem Boykott aufgerufen hatte. Nach den internen Wahlen von SWA/Namibia hat sich nun auch in diesem Lande eine große Mehrheit gegen eine weithin marxistische und terroristische Bewegung ausgesprochen, die sich nicht an demokratischen Wahlen zu beteiligen gedenkt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, diese demokratische Entscheidung zu respektieren und die aus der Wahl hervorgehende Regierung anzuerkennen und sie bei der Herstellung von Frieden und Freiheit im Lande zu unterstützen.

Verbraucherschutz in der EG

Unter der Leitung des bayerischen Justizministers Dr. Karl Hillermeier, München, hat sich die Fachkommission „Verbraucherschutz“ des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) und des Arbeitskreises „Juristen der CSU“ eingehend mit dem Vorschlag der EG-Kommission für

eine Richtlinie zur Produzentenhaftung beschäftigt. Die Fachkommission ist zu dem Ergebnis gekommen, daß der Schutz des Verbrauchers vor fehlerhaften Produkten im Rahmen einer EG-Richtlinie verbessert werden kann und hält eine solche Verbesserung — in Übereinstimmung mit Vorstand und Koordinierungsausschuß des BACDJ — auch für wünschenswert. Sie hat entsprechende Vorschläge ausgearbeitet.

Tarnfirmen der DDR zur Unterstützung der DKP

Die DDR soll, wie die „Privaten Ost-Informationen“ in Bonn mitteilen, in der Bundesrepublik ein Netz kommunistisch gelenkter Firmen aufgebaut haben, die „alle Schliche und Kniffe nutzen“, um Gewinne im Dienste des Kommunismus zu machen. So steht es in Berichten des Bundesinnenministeriums. Der Verfassungsschutz, der dem Innenminister untersteht, will ermittelt haben, daß die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) in Westdeutschland nicht nur durch „konspirative Geldkuriere“ aus der DDR finanziert wird, sondern auch aus den Gewinnen kommunistischer Tarnfirmen in der Bundesrepublik. Die jährlichen Einnahmen der DKP sind mit 50 bis 100 Mill. DM angesetzt.

Die Verfassungsschützer rechnen damit, daß der kommunistische Parteiapparat noch mehr Zuschüsse aus solchen Unternehmen bekommt. Die Firmen, so heißt es, vermehrten sich weiter. Gesellschafter, Geschäftsführer und Prokuristen seien „Strohleute“ der DDR. Der Verfassungsschutz sieht die kommunistischen Wirtschaftsunternehmen vor allem in den Ost-West-Handel eingeschaltet. Die meisten Tarnfirmen der DDR werden allerdings nicht entdeckt.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBÜHR BEZAHLT

■ ZITAT

Schmidt wird's zu spüren bekommen

Das Hangen und Bängen in der langen Kieler Nacht mindert nicht den persönlichen Erfolg Stoltenbergs. Ihm allein verdankt es die CDU, daß ihre Talfahrt kräftig genug gebremst wurde, um die Position nicht nur der stärksten Landtagsfraktion, sondern der regierenden Partei zu behaupten.

Das zweite Charakteristikum dieser Wahl ist die Tatsache, daß sich derjenige Landesverband, der in der Bundes-SPD stramm linksaußen marschiert, als stimmenträchtig erwiesen hat. Das Gespann Matthiesen/Jansen hat einen beträchtlichen Stimmenanteil hinzugewonnen. Das wird den reformeifrigen Flügel in der Bundes-SPD anfeuern. Helmut Schmidt wird's zu spüren bekommen.

Schlimmer noch muß sich für den Bundeskanzler die starke Verunsicherung seines Koalitionspartners FDP auswir-

ken. Gegen alle Erwartungen haben die Freien Demokraten im Norden kräftig verloren. Der Elan der Hessen-Wahl ist verpufft, die FDP sieht sich dem Fallbeil der Fünf-Prozent-Klausel wieder gefährlich nahe. Ein weiteres Merkmal dieses Wahlgangs ist, daß der Harrisburg-Schock den „Grünen“ nicht zum Einzug in den Landtag verholfen hat.

Die Absurdität dieser Wahlnacht war die Starrolle des SSW-Meyer, von dessen Sein oder Nichtsein als Abgeordneter es viele Stunden lang abzuhängen schien, ob Stoltenberg oder Matthiesen aus dem Rennen als Sieger hervorgehen werde. Nichts konnte die kaum noch kalkulierbare Labilität der innenpolitischen Kräftekonstellation in der Bundesrepublik drastischer vor Augen führen, als dieses Kasperle-Theater.

Die Welt, 30. 4. 1979

Alle jene Gruppen, die vor der Wahl ihre großen Profil-Chancen sahen, sind nahezu zur Bedeutungslosigkeit degradiert. Rund vier Prozent, die öffentlich so stark beachteten „Grünen“ eingeschlossen, das ist nicht einmal die Eintrittskarte für die billigen Plätze der politischen Arena.

Neue Rhein-Zeitung, 30. 4. 1979

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 22 10 81. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD